

Volkstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Braunschweigstr. 17
Fernsprecher 6902
Sprechstunde täglich von 9-12-3-1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschaft“
jeden Freitag nachmittag.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Verlagsdruckerei Leipzig Nr. 87578.

Nr. 138

Verlagspreis: In adrethaltigen Anzeigen 60 Hfr. in sonstigen Anzeigen 250 Hfr. für die 2. Hälfte der Anzeigen mit 50% Rabatt. Einmal für die Anzeigenannahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr.

Halle, Dienstag, den 15. Juni 1920

4. Jahrgang

Die Verhandlungen zur Kabinettsbildung

Nachdem Dr. Heine dem Reichspräsidenten den Antrag zur Bildung eines Kabinetts zurückgegeben hatte, wendete sich Ebert mit dessen Rat an den Zentrumsdirektor Dr. Trimborn. Ueber Trimborns Vermittlungen eine Regierungskoalition zustande zu bringen, berichtet WTB, folgendes:
Berlin, 15. Juni. Zunächst setzte sich Herr Trimborn mit den Unterhändlern der Sozialdemokraten, den Herren Müller und Loebe, in Verbindung und fragte sie, wie der „Vorwärt“ bezüglich der Bildung einer zweiten Koalition betreten könnten, wenn das Zentrum darin die Führung übernehme. Nach der Beratung wendete er sich einer zweiten Kombination an, der Führung der alten Koalition, die mit Einschluß der ehemaligen Volkspartei 24 Mandate umfassen würde. Herr Loebe erwiderte, daß die sozialdemokratische Fraktion aus diesem nicht teilnehmen könne. Herr Müller sagte hinzu, daß eine von solcher geringer Mehrheit getragene Regierung nicht mit der nötigen Autorität zu rechnen könne. Darauf brachte Trimborn eine dritte Möglichkeit zur Sprache, einen „Modus vivendi“ zwischen den Sozialdemokraten und Volkspartei herbeizuführen, die Sozialdemokraten erstärken hieran, ihre Zustimmung nach erneuter Rücksprache mit ihren Anhängern bekannt zu geben.

Die zweite Zone wieder unter Deutschlands Hoheit.

Die vier Hauptmitglieder der internationalen Kommission sind, wie dem „Berl. Tagbl.“ berichtet wird, am 14. Juni in Brüssel ohne Genuß und ohne Absicht, nur der Grenzstreit weilt noch dort. Heute wurde in Brüssel in Anwesenheit gleichzeitig die Notifikation der Grenzlinie überreicht, morgen mittag erfolgt die Uebergabe. Abends werden die französischen Truppen mit der Bahn die Stadt verlassen und am Mittwoch erhebt die Souveränität über die zweite Zone wieder an Deutschland.

Wie Ebert begünstigt!

Western berichteten wir schon, daß der Reichspräsident 2 Kriegsausschüsse des Reichswehrkommandos hinter sich im Verhandlungswege aufgehoben hat. Demogen wir nun folgende weitere Meldung hinzu:
Von 451 durch die außerordentlichen Kriegsgerichte des Ruhrgebietes verurteilten Personen sind 141 Gnadenbesuche eingeleitet worden. Bisher sind 141 dieser Gnadenbesuche erledigt worden, und zwar hat der Herr Reichspräsident in 115 Fällen von seinem Gnadenrecht Gebrauch gemacht und in 26 Fällen das Gesuch abgelehnt. Die Entscheidung über die übrigen Gnadenbesuche wird vom Reichsjustizministerium mit aller Beschleunigung vorbereitet und ist ebenfalls binnen kurzem zu erwarten.
Von den zahlreichen während der Unruhen im Ruhrgebiet verhafteten, im Einzelnen und anderen Belangsgemeinschaftlichen untergebrachten Personen sind inzwischen der größte Teil wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Nur die gemeiner oder schwerer Vergehen und verbrochen Verdächtigen werden weiter in Haft gehalten.

Frankenische Gewalttaten in Oberfranken.

Bayern, 15. Juni. In Gleiwitz wurde heute der landesmännliche Beamte der Polizeidirektion Dr. Schulz von zwei frankenischen Soldaten um Feuer gebeten, entsprach dem Verlangen. Als er dann die Hand ausstreckte, um die Gewehrträger zurückzuhalten, wurden die Franzosen tödlich und bearbeiteten Schulz mit ihren Schüssen und Schritten, so daß er beinahe tödlich liegen blieb und anschließend mit seinen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Verelendungspraktiken.

Biel ist in aller Zeit in der sozialdemokratischen Arbeit über die Verelendungspraktiken getrieben worden. Überlegte Schüler haben die Lehre von Marx zu ausdehnen: Die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft macht es notwendig, daß es den Arbeitern immer schlechter geht. Geht es ihnen dann so schlecht, daß sie es gar nicht mehr aushalten können, dann kommt die soziale Revolution, kommt der sozialistische Sozialismus mit dem Staat und allen Freunden. Diese Verelendungspraktiken wachten sozialgenüßig darüber, daß es den Arbeitern in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nur ja nicht allzu gut gehe. In jedem Arbeiterausbeuter, in jedem Stück Sozialverlogenheit, in jeder ein Palliativmittelchen, um die Lebensdauer des

Danzigs Parlament tagt.

Danzig, 14. Juni. Heute nachmittag wurde die verfassunggebende Versammlung der zukünftigen freien Stadt Danzig, der 120 Abgeordnete angehören, eröffnet. Der Reichspräsident Loebe hielt eine Ansprache und erklärte die verfassunggebende Versammlung für eröffnet. Hierauf erfolgte die Konstituierung des Hauses, zu dessen Präsidenten der deutschnationalen Abgeordnete Generalmajor Superintendent Heinsdorf gewählt wurde.

Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet.

Essen (Ruhr), 14. Juni. Der am 21. Mai für das Ruhrgebiet vereinbarte Tarifvertrag ist heute zwischen den Vertretern der Arbeitshemerverbände und den Vertretern des Reichsverbandes endgültig abgeschlossen worden. Durch diese Tarifregelung wird eine Erhöhung der Kohlenpreise vermieden.

Die Krise in Oesterreich.

Wien, 14. Juni. In der heutigen Sitzung des Hauptlandtages wurde einstimmig beschlossen, die abgelaufenen Gesetze betreffend die Auflösung der konstituierenden Versammlung und die Durchführung der Neuwahlen unverzüglich ausarbeiten zu lassen. Vor dem Abschluß der Tagung des Landtages seien u. a. das Budgetprovisorium und andere Staatsausgabenstellen fertigzustellen. Desgleichen soll der Verfassungsausschuß im Hause eingesetzt und besetzt werden. Die Beratungen über die Bildung der Regierung werden in der nächsten Sitzung des Hauptlandtages fortgesetzt werden.

Ins Italien.

Rom, 14. Juni. Es verlautet, Italien benötige für die Wiederherstellung von 2 Milliarden Lire. Müll beabsichtigt, diese Summe den Alliierten bei der Verteilung der Beute des durch Deutschland zu zahlenden Betrags zu nennen.

Rom, 14. Juni. Agostino Stefani, Giolitti hatte am Montag mit verschiedenen Persönlichkeiten aus politischen Kreisen mehrere Unterredungen. Es heißt sich, daß die Wählung der Wähler der Kabinettsbildung durch Giolitti am Mittwoch bekanntgegeben wird.

Streik.

Düsseldorf, 14. Juni. Der Streik der holländischen Arbeiter hält unverändert an. Da die Düsseldorfser Industrie ausnahmslos an das große Versorgungsnetz der holländischen Elektrizitätswerke angeschlossen ist, mußte der größte Teil der Werke heute feierlich.

Der Streik der holländischen Arbeiter in Düsseldorf stellt sich als eine Wuchtprobe zwischen Sozialisten und Gewerkschaften dar. Zwei Drittel der holländischen Arbeiter sind Sozialisten. Das ermöglichte trotz der Gegnerschaft der Gewerkschaften gegen den Streik eine Abstimmung zugunsten des Streiks. Die Bewilligung der Lohnforderungen würde die holländischen Finanzien, die ohnehin sehr gelappt sind, mit 12 Millionen belasten. Heute sind die Zeitungen in Düsseldorf, deren Druckbetriebe mit holländischem Strom gespeist werden, nicht erschienen. Doch hofft man, das Erdbeben im Laufe des Tages oder spätestens morgen wieder möglich machen zu können, dadurch, daß sie außerhalb Düsseldorf gedruckt werden. Die Bevölkerung ist sehr erregt gegen die Streikenden infolge des Stilllegens des Industriestroms. Düsseldorf wird elektrischer Kraft verlor. Dadurch sind viele Arbeiter brotlos geworden. Die Stadtverwaltung hofft, mit Hilfe der Technischen Nothilfe den Betrieb wieder aufnehmen zu können.

Kapitalismus zu verlängern und den revolutionären Sinn des Proletariats zu formulieren.

Die Gegner dieses Auslegerumfusses konnten sich mit Recht darauf berufen, daß Karl Marx die Einführung des Reichstages in England als einen Sieg des Prinzipals gefeiert hatte. Müll Marx wirklich gedacht, was ihm die überflüssigen Ausleger unterworfen, so wäre er wohlfeil nicht als der geistige Bahnbrecher des Sozialismus unterföhrt geworden sondern längst als eine formliche Rebenfigur verlohnen. Marx hat aber sehr gut gewußt, daß die Arbeiter ihren Klassenkampf gar nicht anders führen können denn als einen Kampf um die Hebung ihrer Lebenslage, und darum hat er auch das erwachende Gewerkschaftswesen gegen die gestrichelten Phantasien der Proletariatsverführer. Von der Verelendungspraktiken ist es dann lange Zeit nicht geworden. Dieser aber ist der Ungelüß, der sie

ins Leben rief, nicht gestorben, er ist die Seele jener Verelendungspraktiken, die jetzt von den Unabhängigen und den Kommunisten getrieben wird. Diese Verelendungspraktiken ist aber noch viel gefährlicher als die seltsame Verelendungspraktiken.

Die Unabhängigen sind heute noch vernünftig darüber, daß es ihnen gelungen ist, die Koalition zu sprengen, in der die Arbeiterklasse zwar nicht die allein herrschende aber doch eine sehr einflußreiche Macht war. Sie haben sofort, nachdem ihnen die Sprengung gelungen war, die Partei ausgegeben, um während die Parteien der äußersten Rechten die Regierung übernehmen. Die „Freiheit“ fand, daß dies gefährlich betrachtet, ein mächtiger Vorteil für die Arbeiterklasse sei. Marx nannte es, wie schon gesagt, einen Sieg des Prinzipals, das in England der Reichstagspräsident eingeführt wurde. Heute feiern es die Unabhängigen als einen Sieg ihres Prinzipals und als einen Erfolg ihrer Politik, wenn eine Regierung kommt, die den Arbeitstagen wieder abschaffen will.

Das ist politische Verelendungspraktiken in ihrer reinsten Form. Man wünscht, daß die Arbeiter möglichst schlecht behandelt werden, damit sie aus Verzweiflung Revolution machen. Und solche künftliche und absichtlich herbeigeführte politische Verelendungspraktiken hält man dann für reinen Marxismus!

Man könnte man einwenden, eine solche Politik, wie sie die Unabhängigen treiben, diene schließlich doch dem Wohl der Arbeiterklasse, denn wenn die Arbeiter den Druck von oben allzu sehr empfinden, würden sie aufhören, die Macht an sich zu reißen und dann begäbe die sozialistische Gesellschaft. Das läßt sich hören, wenn die sozialistische Gesellschaft wie die Unabhängigen und Kommunisten sie sich vorstellen, einen unmittelbaren Vorteil für die Arbeiterklasse bedeuten würde. Aber aber ist das nicht der Fall, sondern wie jetzt unsere Unabhängigen politische Verelendungspraktiken treiben, indem sie durch ihr maßloses Verhalten der Reaktion wieder in den Sattel helfen, so treiben die russischen Bolschewiki, die bereits zur Macht gelangt sind, wirtschaftliche Verelendungspraktiken. Zwar hat in Russland die äußerste Linke des Sozialismus längst gefiegt und der Sozialismus ist durch Verelendungspraktiken, aber noch meint man dort, daß es zunächst immer noch schlechter gehen müßte, bevor es wieder besser gehen könne. Der Sozialismus in bolschewistischem Gewande ist dort längst nicht mehr praktische Politik einer Arbeiterklasse, die nach besseren Lebensverhältnissen strebt, sondern nur der religiöse Wahnsinn eines von theoretischen Fanatikern beherzten Drogenrotes.

Diesen Weg will die deutsche Sozialdemokratie nicht eingehen. Sie laßt die politischen und wirtschaftlichen Aufgaben der sozialistischen Arbeiterbewegung ganz anders auf. Sie ist davon überzeugt, daß der Sozialismus nicht auf dem Weg über Blut, Tränen und Hungerliden sondern nur auf dem Wege schrittweiser Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterklasse zu verwirklichen ist.

Aus diesem Gegenstand der Auffassungen erkennt man klar, warum die Sozialdemokratie in der Koalition geblieben ist, solange sie zu halten war und warum die Unabhängigen die Koalition zertrümmert haben, um der Reaktion zum Sieg zu verhelfen. Doffentlich ist damit der Punkt erreicht, an dem die klarere Einsicht der Arbeitermassen wieder beginnt. Ein Teil der Arbeiter war stets für besonders radikal klingende Redensarten sehr empfänglich, aber die ganze deutsche Arbeiterklasse war stets sehr dafür empfänglich, wenn ultraradikale Nebengedankensätze sich an ihren wirklichen leicht erkennbaren Interessen verknüpfte. Diejenigen, die diesmal die Unabhängigen zu einem Vaberloig verhalten und nun sehen, wie dieser radikale Schwermelod von den Feinden der Arbeiterklasse zu barem Gelde ausgemünzt wird, dürften aus dieser Erfahrung doch einiges lernen.

Abbau der Arbeiterpartei.

Am Sonntag spielte der zweite Akt des Dramas „Regierungsbildung“. Nachdem die Unabhängigen, als „Eieger von links“, durch ihre Ablehnung eine Vinteregierung zur Unmöglichkeit gemacht hatten, für die sie die Verantwortung vor allem vor ihren eigenen Wählern zu tragen haben werden, war vorrätig die Reihe an den „Siegen von rechts“, den deutschen Volksparteilern. Die Unabhängigen haben die Folgen ihrer arbeiterverräterischen Haltung, die das deutsche Proletariat und die Errettung der deutschen Revolution den Reaktionsären in die Hände spielt, bereits zum ersten Male zu tragen, wie das Landtagswahlresultat vom Sonntag in Mecklenburg zeigt. Bereits nach sechs Tagen hat es einen Teil der unabhängigen Erfolgsgeschichte des 6. Juni gedämmert, wogin die reiche Negationspolitik der unabhängigen Führer die breiten Massen des wertvollen Volkes unbedingte führen muß. Ein Teil der Wähler, die bei der Reichstagswahl der unabhängigen Fraktion gelangt waren, sind bereits zurückgekehrt zur Sozialdemokratie. So die Voraussetzung der Verelendungspraktiken des Sieges

von wem es sich handelt, wird nach dem Willen der Deutschen Volkspartei bei der Bildung der Regierung? Für Herr Dr. Deine, war aus Dresden in Berlin eingetroffen zur selben Zeit, als sich im Sitzungssaal des Parteivorstandes der Parteivorstand, der Parteiführung und die neuwahle Fraktion eingefunden hatten zu gemeinsamer Beratung über die Haltung der Partei nach dem Ablauf. Während dieser Sitzung, die unerschöpflich lang dauerte und eine vollständige ungenügende Einmütigkeit zeigte, hatte Herr Dr. Deine im Unterhändler zur Besprechung der Regierungsbildung geäußert. Als solcher wurde Genosse Hermann Müller und Paul Voße benannt. Die Unterredung selbst, die abends um 7 1/2 Uhr im Saale des Reichspräsidenten stattfand, war nur sehr kurz, denn die beiden beauftragten Genossen hatten nur der einmütigen Stimmung der Partei Ausdruck zu geben, daß die Teilnahme an einer nach rechts erweiterten Koalition für die sozialdemokratische Partei nicht in Frage käme, und dies sowohl aus inner- und wie aus äußerlichen Gründen. Die sozialdemokratischen können mit den nationalitätlich gefährdeten Volksparteien keine auswärtige Politik machen und innerpolitisch würde sich erst recht keine gemeinsame Grundlage für eine erprobliche Politik im Sinne unserer Verfassung und der Stimmenspartei ergeben.

Damit war aber auch für Herrn Dr. Deine seine Aufgabe erledigt, die kaum die Rechte gekostet hat und der Führer der Wiederanpartei möglich, rascher wieder abzuwaschen, als er wohl selbst geglaubt hatte.

Der Reichspräsident hat sich nunmehr im Laufe des Montag vormittag an den Führer der Zentrumspartei Herrn Trimborn gemandt, der den dritten Akt des Drama klären soll. Ob er es zum Abschluß bringt, ist noch mehr die Frage, und es scheint bei der Übernahme des Auftrages selbst nicht zu optimistisch gehen zu haben; wenigstens hat er dem Reichspräsidenten keine großen Bedenken geäußert, ob ihm die Aufgabe gelingen wird. Denn nur eine rein bürgerliche Regierungsbildung kommt für ihn in Frage, nachdem die Sozialdemokratie auch zum Ausdruck gebracht hat, daß die bisherige Koalitionspolitik gegenwärtig nicht durchführbar wäre. Wird Herr Trimborn deutschnationale und Demokraten in ihrer Regierung treffen? Das wäre immerhin ein interessantes Ansehen, die Entscheidung steht bei den Demokraten.

Die Partei unteren.

Von der am Sonntag in Berlin stattgefundenen Sitzung des Parteivorstandes, des Ausschusses und der Fraktion bringen wir von den Ausführungen des Reichskanzlers Herrn Müller folgendes:

Er wies ein Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei zurück und vertrat die Auffassung, daß auch eine Regierung aus den bisherigen Koalitionsparteien keine tragfähige Mehrheit im Reichstag finden würde. Er kam weiter auf die Situation zu sprechen, in welche die von der bisherigen Regierung angestellten sozialdemokratischen Beamten im Falle des Auscheidens der Sozialdemokratie aus der Regierung kommen würden. Keiner dieser Beamten dürfe den Platz verlassen, ohne daß er dazu gezwungen werde. Man müsse unter allen Umständen die Posten halten, schon für den Fall, daß wir später gezwungen sein würden, die Regierung wieder zu übernehmen. Wenn es in der letzten Zeit geschehen habe, daß der Reichspräsident seine Zeit mehr habe, im Falle des Auscheidens der Sozialdemokratie auf seinem Posten zu verbleiben, so müsse man von ihm verlangen, daß er aus politischen Gründen das Opfer bringe, so lange wie möglich anzuhalten.

Auf die Erklärungen des Reichskanzlers folgte eine ausgedehnte Ansprache, in der Dr. David u. a. erklärte, die Partei sei unter allen Umständen gezwungen, unter dem parlamentarischen System aus dem Wahlausfall die Konsequenzen zu ziehen. Darauf wurde folgender Beschluß gefaßt:

Reichstagsfraktion und Parteiführung der sozialdemokratischen Partei beschäftigen sich am Sonntag in geheimer Sitzung mit der Lage, die durch den Wahl-

ausfall entstanden ist. Einstimmig kam die Überzeugung zum Ausdruck, daß für die Partei die Beteiligung an einer Regierung, die Elemente der Rechtsparteien enthält, ausgeschlossen ist. Nachdem die Unabhängigen es abgelehnt haben, sich an einer Regierung zu beteiligen, die den Schutz der Republik und der revolutionären Erzeugnisse der Arbeiter, Angehörigen und Beamten übernimmt, haben sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in der nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich ist. Eine Fortsetzung der bisher betriebenen Koalitionspolitik mit Zentrum und Demokraten wird gegenwärtig als unmöglich betrachtet.

Von der Konferenz wurden die Genossen Müller und Voße damit beauftragt, die Partei in den Verhandlungen wegen der Bildung einer Regierung zu vertreten. Sie geben sich noch Emsch der Sitzung zu Herrn Deine, der die beiden in Anwesenheit des Reichstagsabgeordneten v. Kardoff empfing. Auf die Frage des Herrn Deine nach der Stellung der sozialdemokratischen Partei erklärte Gen. Voße, daß die Beteiligung an einer nach rechts erweiterten Koalition abgelehnt werden müsse. Die Bildung eines Kabinetts nur aus den Parteien der Linken sei wegen der ablehnernden Haltung der Unabhängigen unmöglich. Die Fortsetzung der bisher betriebenen Koalitionspolitik mit Zentrum und Demokraten werde als unmöglich ebenfalls abgelehnt. Gen. Voße fügte hinzu, daß es unterer Partei aus außen- und innerpolitischen Gründen nicht möglich sei, an ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei zu glauben, wobei ausdrücklich hervorzuheben wurde, daß irgendwelche Verständigungen aus dem Wahlausfall in keiner Weise mitzuführen.

Danach gab dann Dr. Deine dem Reichspräsidenten den Auftrag zur Regierungsbildung zurück und dieser beauftragte nun den Zentrumabgeordneten Trimborn.

Konstanz zur inneren Lage.

Anti Konstant nimmt in der „Münchener Arbeiterzeitung“ Stellung zur politischen Lage in Deutschland. Es ist bezeichnend, daß er, der Unabhängige, um seine Ansichten der Öffentlichkeit zu unterbreiten keinen Raum in der „Freiheit“ findet. Aus seinem Artikel „Was nun?“ übersehen wir zwei Sätze wörtlich: „Er unterer Partei, um sich zu erklären, daß es unterer Partei abgelehnt werden müsse, Er schreibt: „Es ist — darüber müssen wir uns klar werden und danach handeln — leider noch nicht das einer sofortigen Durchführung des Sozialismus, sondern das einer Dauerung des Krieges. Der fortschreitende Krieg mit den wachsenden Kriegsbedingungen der Entente hat den Produktionsprozess aus seiner Gleichgewichtsstellung in Gang zu bringen ist, das ist unterer Partei Sozialistische Arbeiterzeitung nicht ohne Grund auf manchen durchzuführen, darüber ist sich jeder klar, der eine Ahnung von ökonomischen Dingen hat.“

Sozialistische Arbeiterzeitung der Produktion heißt daher zunächst sofortige Wiederherstellung der kapitalistischen Produktion. Daran kann auch das höchste sozialistische Wissen nichts ändern. Das Proletariat selbst ist bei dieser kapitalistischen Produktion selber besser als bei einem Sozialismus, der unzureichend produziert. Ein Kommunismus des Teilens, der Fiktion der Reichs-, vermerkt nur die Produktionsstörung und den Mangel an Produkten. Der Sozialismus, der das Proletariat betreffen soll, muß mehr produzieren als der Kapitalismus.“

Das Proletariat und die parlamentarischen Koalitionsparteien am zum Schluß folgende Ansicht zu formulieren übrig, die einer rein bürgerlichen, realistischen Regierung. Untere unabhängigen Fremde scheinen die Auslieferung des gesamten Staatsapparats an die ärarischen Feinde des Proletariats mit großer Gemütsruhe zu erwarten. Schreien sie nicht die Spuren Unangens? Proteste gegen den weihen Terror sind eine sehr löhne Sache. Proteste bewahren aber stets nur die eigene Schmach. Angelegtes ist es, dem Feinde eine Absorption nicht zu ermöglichen, als ihn anzufordern, sie zu begeben, und sich dann zu entziehen, daß er sich schonungslos ausnimmt.

Und eben so wie Proteste sind Reklamationen darüber, daß die Rechtslosigkeiten an dem Erlitzer der Reaktion schuld seien. Auch wenn das richtig wäre, was hier nicht weiter unerleuchtet ist, sind die verangenehten Fehler anderer noch kein Freibrief für die eigenen, die man zu begreifen hat anständig. Nun ist nicht nur die Kritik, sondern auch man sagt: Sobald die rein bürgerliche reaktionäre Reaktion da ist, wird sie schon

Das Proletariat in einer Weise misshandeln, daß es sich gegen sie zusammenschließt und so endlich die Einzelströmung gewinnt. Kein Zweifel, diese Einigung wäre ein großer Gewinn, und wenn es nicht anders geht, wird sie in dieser Weise erzwungen werden müssen. Aber die politische Seite der für die Einigung maßgebenden proletarischen Schichten Deutschlands erscheint dabei nicht in glänzender Lage. Denn das sagt noch nichts anderes, als daß die Einigung notwendig ist, daß man sich aber weigert, das Vernünftige und Notwendige früher ins Werk zu setzen, als man von den Gegnern dazu geprügelt wird.“

Der Offizier als Nachwächter
Anfang Dezember 1918 stand im „Dramburger Kreisblatt“ folgende Angelegenheit:

Achtung! Veranlassung!
Der deutsche Nachwächter wird gesucht, gemeldeter Offizier bevorzugt.
Dom. Jabow, Post-Markt-Friedland.
K. Andriev, Gutverwalter.

Aus der Sache wurde nichts, aber sie hatte noch ein Nachspiel. Auf die Anzeige des Oberleutnants Sperling und des Generalleutnants von La Chovallerie wurde der Gutverwalter Landbrief wegen öffentlicher Beleidigung des Offizierstandes angeklagt und vom Schöffengericht in Markt-Friedland zu 100 Mark Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Außerdem wurde den beiden Vertretern der „Offizierstands-Extr.“ das Recht zugesprochen, das Urteil auf Kosten des Angeklagten im „Dramburger Kreisblatt“ und in der „Markt-Friedländer Zeitung“ zu veröffentlichen.

In der Urteilsbegründung heißt es: „Die Anzeige hatte der Angeklagte, welcher Offizierverwalter des Jabow ist, einreichen lassen. Sie bringt zum Ausdruck, daß die Offiziere nach ihrer Entlassung sich dazu ergeben, die Stellung eines Nachwächters einzunehmen. Wenn auch der Beruf eines Nachwächters als ein ehrenvoller gilt, so liegt doch darin, daß die Offiziere zu ihm, wie gelehrt, in Beziehung gebracht werden, eine Ehrenkränkung des Offizierstandes, da die Offiziere im Leben eine hohe Stellung einnehmen, während der Beruf des Nachwächters zu den unteren gehört. Es liegt so mit einer Beleidigung im objektiven Sinne vor, und zwar eine Beleidigung des Offizierstandes, da der Beruf auch nach Bildung der Reichswehr noch besteht; denn die Reichswehr ist nur eine Fortsetzung des früheren Heeres. In ihr sind ebenso wie früher Offiziere vorhanden, die einen besonderen Stand bilden. Wenn auch in jener Anzeile nur von gemeldeten Offizieren die Rede ist, so ist damit der ganze Offizierstand einschließlich der Kavallerie und der Artillerie in der Entlassung des Offizierstandes getroffen. Zur Stellung des Strafantrags waren daher der Oberleutnant A. D. Sperling und der Generalleutnant und Kommandeur der 4. Inf.-Div. (42. Reichswehrbrigade) von La Chovallerie berechtigt.“

Diese Auffassung wirkt auf die Massen vorurteile der bürgerlichen Gerichte sowie besonders auf ihre Beurteilung des Weichens der Reichswehr ein großes Schlaglicht. Wenn in der Urteilsbegründung erwähnt worden wäre, daß ein Offizier auf Grund seiner bisher ausgeübten Tätigkeit für Nachwächterdienste wenig geeignet sei, so hätte sich hiergegen kaum etwas einwenden lassen. Die ausdrückliche Unterstreichung der Masse gegenüber aber sowie die Hervorhebung der hohen Stellung des Offiziers gegenüber der niedrigen des Nachwächters zeigt sich noch immer die altbewährte der Justiz und ihre Unfähigkeit, die Bedeutung ihrer sozialen Bedeutung entsprechend zu würdigen. Auch die Beurteilung, daß die Reichswehr nur eine Fortsetzung des alten Heeres ist, ist ein ganzlich irreführendes Bild, das nur die Gedankenswelt der Reichswehr, die aber nicht die Fortsetzung des alten Heeres, d. h. ein Instrument im Dienste der herrschenden Klassen sein, sondern sie soll, aus dem Volke hervorgegangen, den Schutz des Volkes dienen. Allerdings stimmen wir insofern mit jenem Gericht überein, als die Reichswehr noch heute eine weit größere Ähnlichkeit mit der Armee Wilhelm's II. aufweist als uns lieb ist.

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Anzengruber.

(61. Fortsetzung.)
„Tu' dich nicht aufregen, der hochwürdige Herr verdammt schon das Gesind!“

„Du bleib' bei mir, Josef, du bleib' bei mir, auch vor den Leuten, geht ja, — das ist unter neuer Braut, unser Brauttag.“

Der Farmer, der vor die Tür getreten war, sahste jetzt den Wehner und das Gesinde herein. „Ist er der Bäuerin die Kräftige Trödelung reichte, trat er selbst nur einen Schritt heraus und betrat den Bauer nicht von seinem Plage, und als sie gingen, wachte er ihn mit stiller Grube, zu bleiben.“

Wieder eine Weile waren die Leute fort, die Bäuerin armete ruhiger. Es war ihr ihre Hand, die sie nach einschümmert. Der Bauer trat leise von ihrem Bette zurück, ging nach dem Tische und griff nach der Feder. Er hatte an Magdalena geschrieben, wie es um ihre Mutter stehe und daß sie für die siebte beten sollte. Jetzt sagte er noch hinzu, daß sie eben mit den Sterbefragmenten versehen worden sei und daß er ihr vom Grunde des Herzens vergeben habe.

Er beachtete den Brief nicht, es ward ihm gar ängstlich in der Stunde, er schickte hinaus nach dem Hofe und tat einige tiefe Atemzüge.

„Ihre Mutter hat mir selber nachgesehen,“ murmelte er. „Es ist doch ein eigenes herzerweichendes Wehen um so ein Sterbendes, wie bald und es soll nimmer sein; da möcht' man doch noch einmal den ganzen Verzicht vor ihm ausschütten, aber er will nicht ins Wort, bis es vordel ist, und man behält das ganze für sich, ungebet und ungebet. O du mein Herr und Gott! Wie hilft sich doch alles auf der Welt so eckig durch, was geboren wird, bis es wieder verderben mag! Halt ja, müssen wir uns allmählich rechtschaffen erdarmen! Was der Dieb' soll mir keiner sagen, die sucht ihren Grund und hat ihr Weibchen, das Erbarmen spart nicht danach, dem ist genug, daß eines mit da ist, das Erbarmen unter einander, es ist, noch das Beste!“

Er horchte auf, wohl regte sich nichts, aber er elkte mit leisen Schritten zurück an das Sterbelager seines Weibes.

Am frühen Morgen darauf machte sich Florian bereit, die Mühlgrube zu verlassen.

„Wohin denn wieder,“ fragte hinter der Müller. „Ist das herumkommen nie ein Ende was? Muß alle Tag' etwas ins Werk, was du dir ausgehoben hast, um meinen Namen noch mehr zu verhängen? Immer muß man in Angst sein, daß du von einem Gange nicht mehr heimkehrst. Bleib' dich vor, du treibst es arg, sie werden dich noch erschlagen.“

„Sei geschelt, Fiort, ich bist' dich, sei geschelt,“ sagte die Märllein.

„Sorg' dich nicht, Mutter,“ entgegnete der Bursche, dann wandte er sich an seinen Vater. „Wenn sie mich erschlagen, ich klagte nicht darum, du weißt am besten, was mir am Leben liegen kann; nur jaan! nicht, daß du hast du kein Recht, denn wie du warst, werd' ich doch auch sein dürfen!“

„Ich war nie so,“ brante der Müller auf.

„Mag auch sein, daß ich es überlebe;“ dafür ist es dich leichter angekommen, ich geb' mir Müß' dazu. Nun behalt' Gott!“

„Tu' mir's gut,“ hat die Märllein, „und bleib' nur heut' den einen Tag, heim.“

„Heim ist's launewillig,“

„Sag' wenigstens, wohin du gehst,“ begehrte der Müller.

„Ich geh' ich's, wohin mich der Zufall bringt und meine Müß' tragen? Behalt' auch Gott!“

„Fort war er,“ die Märllein blühte, wie Rot und Trost suchend, nach ihrem Munde, aber der stand selbst wie verloren da.

„Es ist ein Meid mit dem Jungen,“ sagte er, „aber es wird sich wohl geben, er treibt es mit zu viel Haß und Uebernehmen, und da muß er es bald müde werden und kein betreiben.“

„Weinst du?“

„El' freilich,“

Florian ging durch das Dammwäldchen, die Sonne stieg eben herauf, leuchtete aber, als er über die Weite herunterkam, lag der Reindorf noch in Morgendämmer. Der Knecht stand vor dem Tor, eine Magd kam hergelaufen, da nahm er die Pfeife aus dem Mund und unterließ es, Feuer zu schlagen, er schickte sich gerade an, der dortan stehenden Dirne langsam nachzufolgen, als Florian ihn anrief: „Nun, was ist's mit der Bäuerin?“

Der Knecht wies im Westen mit der Pfeife nach dem Hofe. „Sie steht oben,“ sagte er leise.

„Schau einmal,“ Gleichgültig ging Florian der Straße auch weiter, Sehen wolle ihm vielleicht eingefallen, daß

die Sterbende Magdalena's Mutter war, aber heute abend es ihn nicht.“ Kein war der Himmel, und die Sonne wird bald ganz heroben sein und es diesmal recht warm meinen. Wer, der in früher Jugendzeit dem sonnigen Tage entgegengeht, wird auch an das Sterben und an das Tod denken?“

„Das kommt, da hat es noch lang hin!“

„Er schreit häufig aus, es war kein kleines Stück Weg nach Bienenborn.“

17.

Da liegen die Händchen erd' vertrock, dann tun sie sich aufwachen und bilden eine Gasse, von der sie und da ein Gäßchen absteigt, eines davon führt über Stufen zur Höhe hinauf, die über dem Dorfe inmitten des kleinen Friedhofes steht. Ein Schreiner hat dort seine Werkstatt, die Fenster nach den Häusern und Kreuzen heraus, und man hört das langgezogene Schließen des Hobels. Die Uhr aus dem Turm schlägt die Viertelstunde, zu bestimmten Tageszeiten mit auch die Glocke gezogen und da nehmen die Leute die Arbeit an und fassen die Hände, mögen sie weit brauchen auf dem Felde oder heim im Stalle oder Garten sein. Jede Stunde mit ihnen die Uhr unter dem sinkenden Kreuz zu, jede Stunde als Geschenk des Himmels.

Wer zum erstenmal so ein Dorf und seinen kleinen Friedhof betritt und den Stundenhag gleichmäßig verhalten über aber der kleinen, eingeschlossenen Gemeinde der Bestorbenen und der Lebenden, der könnte wohl meinen, die letzteren überlässe, wie ein Segen aus der Höhe des Turmes, das Gefühl, das ihn beschleicht, der all' ihrer Müß' und Sorge ferne steht; ein Gefühl, allumgeben zu sein von der Zeit und dem Walden in ihr, eine Unmittelbarkeit des Eigenen. Die liebe, leichte Erde scheint heraus getrennt und dem wirren Ganzen; in der Luft, die auf ihr lastet, am Ende und jeder Atemzug erfüllt die Brust mit der Sicherheit, in und mit allem geschieht und besetzt zu sein!

Es ist ein Augenblick begehrender, unmittelbarer Gegenwart, der den Wanderer ergreift, häufig wie diese; die Zeit, sie hat auch hier nie stille Gedanken, nur merkt er gegen ihre Spure nicht. Die Menschen zur Stelle aber macht wohl der Stundenhag und Glockenlang an etwas in und über der Zeit, doch sie hören es Tag für Tag, es wird gewöhnlich, sie murmeln ihre Gebete, leiden unter dem Vergangenen und fürchten für die Zukunft.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches.

Der Internationale Bohnstoll gegen Ungarn.

Wutlos! In die Arbeiter aller Länder!

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat beschlossen, am 20. Juni in Ungarn zu boykottieren und jeden Betrieb mit diesem Bande zu schließen.

Es ist nun beinahe ein Jahr her, seit die sogenannten „ordnenden Elemente“ in Ungarn die Regierung ergreifen haben.

Es genügt, Mittels einer nicht formalen Vereinbarung zu sein, um ins Gefängnis geworfen zu werden; eine anonyme Denunziation ist hinreichend, um beschlagnahmt und in ein Gefängnis verpackt zu werden.

Vorläufig zu Beginn dieses Jahres befanden sich in den Gefängnissen in Budapest 9000 Männer und Frauen, Csepel 9000, Szekesfehervar 2400, Eger 2000, Gödöllő 3000 und Komárom 5000 Gefangenen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat gegen diese Grenzen bei der ungarischen Regierung sowohl bei dem Obersten Rat des Böhmerlandes protestiert und verlangt, daß Maßnahmen ergreifen werden, um all diesen Grenzen ein Ende zu machen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat gegen diese Grenzen bei der ungarischen Regierung sowohl bei dem Obersten Rat des Böhmerlandes protestiert und verlangt, daß Maßnahmen ergreifen werden, um all diesen Grenzen ein Ende zu machen.

Die unvollständigen Dokumente der ungarischen Regierung, die sich im Besitz der Internationalen Gewerkschaftsbundes befinden, geben klar, daß die Regierung die Arbeiter anspricht, die Gefangenen zu verurteilen, auch wenn keine genügenden Beweise für das, was man in Ungarn „Edikt“ nennt, vorliegen und auf das „Unschuldigmachen“, d. h. die Ermordung der ins Ausland vertriebenen Arbeiterführer Primien geleistet hat in der Höhe von 30000 bis 250000 Kronen.

Die viele Tausende sind bekannt und ermordet. Die Regierung, denen sie bekannt sind, hat nicht gewillt, einzuweichen und

freudlos ablehnt, daß die Arbeiterbewegung Ungarns niederschlagen und erstickt werden.

Der Internationale Gewerkschaftsbund übernimmt die Aufgabe der Regierung und ruft die Arbeiter aller Länder auf, ab Sonntag, den 20. Juni, jede Arbeit zu verweigern, die dem Ungarn des weißen Terrors direkt oder indirekt zugute kommen würde.

Ab Sonntag, den 20. Juni, darf kein Brief in die ungarische Grenze postieren in Ungarn einreisen, kein Brief, kein Telegramm von oder nach Ungarn weiterbefördert werden.

Während des Krieges hat die herrschende Klasse in den freilebenden Ländern ihre Gegner mit der Waffe der wirtschaftlichen Boykotts bestraft. Nach dem Krieg gebrauchte sie dieselbe Waffe und strafte, je weiter angewandt, um die ungarische Arbeiterbewegung zu zerstören.

Der Internationale Gewerkschaftsbund ruft die Arbeiter aller Länder auf, nunmehr dieselbe Mittel anzuwenden, um dem Weltfrieden vor ungarischen Regierung Einhalt zu gebieten und den Freiheit von Landesen und Landesen Genossen in Ungarn zu retten.

Genossenschaft Transportarbeiter, Seleute, Eisenbahnarbeiter und Beamte, Post- und Telegraphenangehörige, Arbeiter aller Berufe, sei es alle wie ein Mann dem Ruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes folget.

Gegen den weißen Terror der proletarische Boykott! Hoch die internationale Solidarität!

Der Internationale Gewerkschaftsbund: W. A. Appleton, Vorsitzender. O. Toussaint, G. Martin, Generalsekretäre. G. Zimmer, A. Dubouche, Sekretäre.

Bei den heutigen Verhandlungen über den Verkauf haben sich die Vertreter der Bauern der Verbände der Eisenbahner, der Maschinenbau und Seiler, der Transportarbeiter und der Arbeiterschaft freier Arbeitnehmender für die Durchführung des Boykotts gegen Ungarn erklärt.

Berlin, den 11. Juni 1920.

Bermittliches.

Der Todesfall des Sohnes.

Ein in Grimnitz wohnender Schiffer namens Tom Lar wurde, in der letzten Londoner Witter, vor einiger Zeit mitten in der Nacht von seiner Frau getötet.

Die Arbeitergruppe der städtischen Fortbildungsschule.

Die Schulnahme aller männlichen Jugendlichen, die Eltern 1920 die gesetzliche Alterspflicht beenden und in Weissenfels.

Die Arbeitergruppe der städtischen Fortbildungsschule. Die Schulnahme aller männlichen Jugendlichen, die Eltern 1920 die gesetzliche Alterspflicht beenden und in Weissenfels.

Die Arbeitergruppe der städtischen Fortbildungsschule. Die Schulnahme aller männlichen Jugendlichen, die Eltern 1920 die gesetzliche Alterspflicht beenden und in Weissenfels.

Die Arbeitergruppe der städtischen Fortbildungsschule. Die Schulnahme aller männlichen Jugendlichen, die Eltern 1920 die gesetzliche Alterspflicht beenden und in Weissenfels.

einigen Tagen von nun die östliche Richtung, daß „Dier“ auf eine Wille gestehen und mit Mann und Maus untergegangen ist.

Wirtschaftliches.

Ueberflutungen Grubenholzschlag. Um den Wiederaufbau der heimischen Wirtschaft zu fördern, einer drohenden Brennholzknot und der damit verbundenen Verschwendung des Holzes als Brennholz vorzubeugen, hat der preussische Landwirtschafminister Genosse Braun die Regierung angewiesen, ungeachtet aller entgegen stehenden Schwierigkeiten noch im März dieses Jahres 1920 400 000 heimischer Grubenholzer aus den Staatsforsten zur Verfügung zu stellen.

Die Baptisten wollen die Indiarier klassifizieren. Ein großangelegtes Werk der inneren Mission planen die nordamerikanischen Baptisten: neben zuammern der Indiarier, die von der amerikanischen Mission bisher recht kümmerlich behandelt worden sind. Die Klassifikation der Baptisten wird sich nicht auf den Bau von Kirchen beschränken, sondern sie will vor allem auch durch Gründung von Schulen und Werkstätten die wissenschaftliche Bildung der Indiarier fördern und sie daneben zu einem berufstätigen Leben erziehen.

Lebensmittel-Kalender.

Erdbeerernte. Der Verkauf von Reis in der Talomstraße, am Mittwoch, den 16. Juni 1920. Zusstellen zum Einkauf werden die Käufer der Lebensmittelkarte mit dem Nummern 81 001 bis 72 000 permissioes von 8-12 und die Käufer der Nummern 72 001 bis 77 000 nachmittags von 2-6 Uhr.

Verfassungen-Kalender.

Meerburg. Donnerstag, den 17. Juni, im Restaurant „Kohlenstube“. Zusstellen zum Einkauf werden die Käufer der Lebensmittelkarte mit dem Nummern 81 001 bis 72 000 permissioes von 8-12 und die Käufer der Nummern 72 001 bis 77 000 nachmittags von 2-6 Uhr.

Weissenfels
Arbeitergruppe der städtischen Fortbildungsschule.
Die Schulnahme aller männlichen Jugendlichen, die Eltern 1920 die gesetzliche Alterspflicht beenden und in Weissenfels.
In Arbeit stellen.
Sonabend, den 19. Juni, nachmittags 2 Uhr in der Reuditz-Boisduch-Turnhalle hat.

Anmeldung von in Glaspfandbriefen beschlagnahmten Sparguthaben.
Nach einer vom Reichsminister für Wiederaufbau erlassenen Bekanntmachung vom 30. 4. 20 (Reichsblatt Nr. 94, S. 701 u. f.) sind Geldverordnungen — also nicht etwaige Ansprüche auf Verzug oder Lieferung von Wertpapieren usw. — umgehend bei der zuständigen Stelle des Reichsausgleichsamts anzumelden. Die Pflicht zur Anmeldung einer Forderung wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß die Forderung bereits bei einer anderen Stelle angemeldet ist.

Stadttheater
Mittwoch, d. 16. Juni 20, Anf. 7 U., Ed. v. 10 Uhr.
Die Bürger von Calais.
Donnerstag: Part II.
O. Heimsath & Sohn
Schneidemesser, Steg 19 empfiehlt sich zu allen vorzuziehenden Arbeiten.

Zudemerkungen für Gewerbetreibende!
Die Hauptstellen für Monat Juni werden an die Adressierten, Handwerker und Apotheker gegen Vorlegung der Kassenscheine des Betriebesinhabers am Sonnabend, den 26. Juni von 7-12 Uhr in der Meisenstraße 6, 8. Stock, S. 2. Stock, 3. Stock, 4. Stock, 5. Stock, 6. Stock, 7. Stock, 8. Stock, 9. Stock, 10. Stock, 11. Stock, 12. Stock, 13. Stock, 14. Stock, 15. Stock, 16. Stock, 17. Stock, 18. Stock, 19. Stock, 20. Stock, 21. Stock, 22. Stock, 23. Stock, 24. Stock, 25. Stock, 26. Stock, 27. Stock, 28. Stock, 29. Stock, 30. Stock, 31. Stock, 32. Stock, 33. Stock, 34. Stock, 35. Stock, 36. Stock, 37. Stock, 38. Stock, 39. Stock, 40. Stock, 41. Stock, 42. Stock, 43. Stock, 44. Stock, 45. Stock, 46. Stock, 47. Stock, 48. Stock, 49. Stock, 50. Stock, 51. Stock, 52. Stock, 53. Stock, 54. Stock, 55. Stock, 56. Stock, 57. Stock, 58. Stock, 59. Stock, 60. Stock, 61. Stock, 62. Stock, 63. Stock, 64. Stock, 65. Stock, 66. Stock, 67. Stock, 68. Stock, 69. Stock, 70. Stock, 71. Stock, 72. Stock, 73. Stock, 74. Stock, 75. Stock, 76. Stock, 77. Stock, 78. Stock, 79. Stock, 80. Stock, 81. Stock, 82. Stock, 83. Stock, 84. Stock, 85. Stock, 86. Stock, 87. Stock, 88. Stock, 89. Stock, 90. Stock, 91. Stock, 92. Stock, 93. Stock, 94. Stock, 95. Stock, 96. Stock, 97. Stock, 98. Stock, 99. Stock, 100. Stock.

Für Gewerkschaftsleute,
Kinder, Garten und Vokal sie empfehle Stocklaternen Fackeln mit Lichte, Tragsäbe, Gliranden u. sonstige Kinder-Belustigungs-Geschen- und Verlosungsartikel
Paul Lange,
Mersburgerstr. 168 neben Apollo-Theater.

Reparaturen an Uhren
übernimmt bei toller Preisführung u. normal. Reparaturen
H. Lerner, Uhren-Reparaturwerkstatt
Gr. Steinstraße 85 (gegenüber Barfüßerkirche).

Zoo! Zoo!
Heute Dienstag, 7. Uhr abends:
Extra-Konzert
ausgeführt von der Kapelle des Reichswehr-Casinos Regts. Nr. 32. Leitung: Dornmühlener Will. Wührer.
Eintrittspreise: Erwachsene 1 Mk., Kinder 0,50 Mk.
Mittwoch den 10. Juni, von 3-6 Uhr nachmittags:
Grosses Kinderfest.
Konzert, Reagenziele für Mädchen unter Aufsicht von Kinderlehrerinnen. Preislos. Eintritt frei. Ausg. 12 Uhr.
Eintrittspreise: Erwachsene 1 Mk., Kinder 0,50 Mk.

Trock Breisrückganges
siehe ich immer noch für
Zeitungen . . . Kilo 1 Mk.
Blätter . . . Kilo 40 Pf.
Altpapier . . . 30 Pf.
Knochen . . . 30 Pf.
Pumpen, Seidgen, alle Papierfläche zu hohen Tagespreisen.
Franz Halle,
Zeitungsprodukte,
Breitstraße 6, Telefon 4377.
Koloniale Abteilung bereitwillig.

Neu!
Frauentimmen
Beiträge der sozialdemokratischen Volksvertreterinnen zu den Zeitfragen
Preis 2.75 Mark
20% Feuerungszuschlag.
Verlag der Volksstimme,
Gr. Meisenstraße 27
Weissenfels, in welchem alle Postämter vertreten sind.

Stoffersatz-Wäsche
im Aussehen von reinen Wollstoffen, kam zu ununterbrochen in fast allen Formen am Lager.
Diese vom nur 5.50 Mk.
Dauerwäschewertrieb
R. Berlin 2, 1. Et., rechts
Ecke Meisenstr.

Seilerwaren
Blindgegarnt, Hanf, Bindfäden, Rohr, Büsten, Besen, Peitschen, Holzwaren.
Polstermittel
Garne - Zwirne - Stoffe.
Wunsch & Kaps
Gross- u. Kleinhandel
L.-Wucherstr. 1a, Fernruf 3572.

Zigaretten
erstklassige deutsche Fabrikate, wie:
Waldorf-Astoria, Zuban, Kosmos, Lyrä, Yenidze, Kassato usw., ferner:
Zigarren u. Rauchtabak
gibt nur an Wiederverkäufer ab zu neuen Original-Fabrikpreisen.
Lagerbesuch lohnend und erwünscht
Wilhelm Hütter, Halle S.
Bernhardystr. 24, H. kein Laden.
Gegründet 1910. Grosshandelslaubn.

Partei-Angelegenheiten.

Bezirksvorstand, Ortsvorstand und Pressekommision. Am Mittwoch, abend 1/2 Uhr, in Wilsdorf 8 Gesellschaftsauss. Karlsrufer, gemeinschaftliche Sitzung.

Funktionärsetzung.

Mittwoch abend 8 Uhr in gleichen Lokale. Eintritt nur gegen Funktionärswahl. Besondere Einladungen gehen nicht.

Nus dem Stadttreis.

Halle, 15. Juni 1920.

Das zehnmal teurere Prinzip.

Wieder einmal erlebte unser Stadtparlament einen hochpolitischen Tag. „Nus“ und „Rechte“ des Hauses stellten aufeinander und besonders die Unabhängigen, die fast alle verfügbaren „Kanonen“ ins Feld führten, behandelten ihre politische Weisheit mit großem Eifer. Die Vorträge, um die man sich bis — kaum der Rede wert, denn das Objekt betrug nur 4000 M. — Wegen dieser geringen Summe (man langlet bei uns im Stadtbauhaus sonst fast immer nur mit sechs- und siebenstellige Zahlen) verfuhrten die Stadtväter und -mütter zwei volle Stunden und der Effekt war, daß die Vorlage angenommen wurde und nun wieder ein ganz antichambresisches Pöschchen in der Rechnung des städtischen Haushaltsatzes geworden ist. Wie aus dem Bericht hervorgeht, handelt es sich lediglich darum, soll die Stadt freiwillig 4000 Mark oder soll sie 40 000 Mark zahlen? Die Ursache ist bei beiden Summen die gleiche. Beide Wege führen zu demselben Punkte. Die Stadt muß für die beschäftigten Mitglieder der Einwohnerversammlung zahlen, da sie auf Grund des Tarifabkommens dazu verpflichtet ist. Der Unterschied ist nur, daß die kleine Summe freiwillig gezahlt werden soll, während die Stadt zur Zahlung der größeren Summe gezwungen werden kann. Wer nun aber mit natürlicher Logik folgerte, daß die Zahlung der geringeren Summe in der Zukunft die kleine Summe zuweilen, der letzte sich ganz gewöhnlich und hatte eben nicht die unermessliche Prinzipienreiterei der Unabhängigen mit in Betracht gezogen. Trotzdem gab gewiß jeder einzelne hallische Bürger zu den Aussagen der Stadt feierlich mit, also auch die Anhänger der U. S. P. ein Interesse daran haben, den gemeinamen Stadtbüchler nicht aufzufragen zu belosten, wollten die U. S. P. -Vertreter lieber 40 000 M. gezwungen zahlen, als 4000 M. freiwillig geben. Welch fonderbare Konstanten diese Strategen besitzen, geht aus der Begründung ihrer Stellungnahme hervor. Sie wollten danach nicht, daß die Stadt 4000 M. für diese Gegenverpflichtung zahle. Ja, aber für wen müßte dann die Stadt bei Durchführung der unabhängigen Ideen die um 36 000 M. größere Summe zahlen? Doch auch nur für diese selbe Wehr! Eitelkäse ist die unverständliche Stellungnahme wohl wie schon so oft, in der Minorität der U. S. P. -Fraktion gegenüber den anderen Vertretern zu erklären. Es ist eben so schön, wenn man nicht der verantwortlichen, ausschlaggebenden Zeit in Betracht ziehen die prinzipienfeindliche Opposition treiben kann und in geschäftiger Ausübung auf dieser Vorgänge lediglich nur „aus dem Fenster“ heraus zu reden braucht. Unsere Fraktion, die bei der Abstimmung ausfallschlagend ist, summierte den 4000 M. zu und ließ die 40 000 M. fahren, die nun trotz der liebevollen Berücksichtigung durch die Unabhängigen in dem Stadtbüchler weiter ruhen dürfen. Die übrigen Punkte waren von weniger großer Bedeutung.

Erlaßung der Stadtverordnungen am Montag, den 14. Juni.

Der stellv. Vorsitzende Reil (Dem.) eröffnet die Sitzung und gibt mehrere Eingänge und Gesuche bekannt. Der Vorsitz über die Jugendpflege bittet um finanzielle Unterstützung durch die Stadt. Das Gesuch wird dem Sozialen Ausschuss übergeben.

Die Sozialkommissionen haben ein Gesuch eingereicht, nach dem die um Anrechnung früherer Dienstzeit und um die Verleihung des Beamtencharakters bitten. Die amtsrechtliche Beihilfe des Herrn Schubert (Soz.) als Soldatenwaise nach dem Gesetz vom 1. Oktober 1920 ab. Mit 35 von 36 abgehenden Stimmen wird er wiedergewählt. 24 Zettel waren unbenutzt. Ein. G. Müller (Unabh.) gibt eine Erklärung ab, daß sich keine Fraktion der Stimme enthält, in Zukunft aber Berücksichtigung der unabhängigen Fraktion bei Befolgung der beschlossenen Stadtvorstellungen fordert.

Die Verneuerung der Cholesterade Wilsbergweg 116, die dem Augenamt zur Verfügung gestellt werden soll, werden die erforderlichen 10 000 M. bewilligt.

Einem vorgelegten Umbauausbau, bei dem ein Grundstücksinhaber in der Burgstraße an die Stadt 11 837 M. zahlen muß, wird zugestimmt.

Zur Befestigung von Ausschüttungsschäden für das Nachbarschaftsunterstützungsgesamt werden 4800 M. bewilligt. Es ist die Bereinigung der Kellerfenster des Verwaltungsgeländes notwendig, sollen hierzu die nach vorgelegtem Kostenschätzungen erforderlichen Mittel in Höhe von 10 000 M. ausbezahlt werden.

Für die Umbauarbeiten in den alten Gebäuden des Alters- und Pflegeheimen werden auf Antrag der Stadtdirektion von 250 000 M. 272 000 M. nachbewilligt. Ein Antrag des Herrn Reil als Soldatenwaise nach dem Gesetz vom 1. Oktober 1920 ab. Mit 35 von 36 abgehenden Stimmen wird er wiedergewählt. 24 Zettel waren unbenutzt. Ein. G. Müller (Unabh.) gibt eine Erklärung ab, daß sich keine Fraktion der Stimme enthält, in Zukunft aber Berücksichtigung der unabhängigen Fraktion bei Befolgung der beschlossenen Stadtvorstellungen fordert.

Einem vorgelegten Umbauausbau, bei dem ein Grundstücksinhaber in der Burgstraße an die Stadt 11 837 M. zahlen muß, wird zugestimmt.

Einwohnermehr

Wie nun ihm vor einiger Zeit schon geäußerte Gründe für den Bau von Mehrfamilienhäusern in Höhe von 4000 M. zu erwarten. Bekanntlich wurde in einer im September vorigen Jahres stattgefundenen Sitzung der Beschluß gefaßt, diese Wohnungen nicht zu übernehmen. Der Magistrat hat diesen Beschluß jedoch und folgende Begründung dafür abgegeben:

Die hiesige Einwohnermehr hat ihre Mitglieder gegen den Bau von Mehrfamilienhäusern auf Grund des vorgelegten Entwurfs abgelehnt und dafür 4000 M. Bewilligung bewilligt.

Gelegentlich der Witznüncherei hat sie laut Berufsstelle 4 Todesfälle und 14 Fälle von Verwundungen — darunter zwei schwere — erlitten. Hierbei hat die Reichsverwaltungsanstalt bereits in 7 Fällen Einweisungen von je 1500 M. bewilligt. Die Höhe der Gesamtschuldung wird auf 30 bis 40 000 M. geschätzt.

In gleicher Höhe dürfte die Stadtgemeinde auf Grund der beschlossenen Selbstversicherungs-Einrichtungen zu leisten haben. Es ist daher von außerordentlichem Vorteil für die Stadtgemeinde, wenn sie durch Zahlung der Prämie von 4000 M. die Ausgaben für diese Selbstversicherung überkommenen Verpflichtung zur Entschädigung der vorliegenden Unfälle erreicht. Voraussetzung ist selbstverständlich, daß sich die Einwohnermehr mit dieser Regelung abgefunden erklärt.

Wie vorausgesetzt war, entipann sich um diesen Punkt eine längere Debatte, in der die Unabhängigen auf die Einwohnermehr sehr heftige Angriffe richteten. In der Ansprache, die sich immer weiter ausdehnte und immer neu, mit ab dem eigentlichen Thema liegende Gebiete kreuzte, wies er auf die Stadt-Hilfsbedarft, Reil, Baile, Müller, Müller, Bod. Frau Krüger, Gen. Müller und Dürfeld sowie der Bürgermeister Engel.

Ein. Hildebrandt trägt, daß man hier an Geschädigte zahlen will, die keinen gesetzlichen Anspruch haben. Frau Krüger ist der Ansicht, was ausgemacht werden soll, die unter den Folgen des Unfalls sehr schwer zu leiden haben. Sie führt eine ganze Reihe Zahlen an, die die Not der Betroffenen treffend zeigen.

Gen. Müller führt aus, daß der Gedanke, eine Einwohnermehr zu schaffen, erst auf Grund der fortgesetzten Benutzungs unserer öffentlichen Lebens durch Zufall nur auf gekommen ist. Der reaktionäre Kurs in der Einwohnermehr wurde in nur dadurch möglich, daß die Unabhängigen durch ihren Vorstoß die freirechtlich Gemintten hinausbrachten.

Ein. G. Müller stellt die Anfrage an Bürgermeister Engel, ob ihm bekannt ist, daß die Einwohnermehr noch immer behalte über zahlreiche Waffen verfügt und Schießübungen abhält, während auf Grund des Erlasses vom Reichspräsidenten und Oberpräsidenten die Einweisung von Waffen auf die Bürgermeister Engel antwortet, daß ihm vom weiteren Bestehen der Einwohnermehr nichts bekannt ist.

Gen. Dürfeld bemerkt noch, daß die Versicherung der Einwohnermehr im Haushaltsauschuss abgelehnt worden sei, da diese nicht mehr bestehen dürfen. Zugleich stellt er gegen die Behauptung des St. Bod. Müller, daß Gen. Müller nicht gelang hat, die Einweisung von Waffen auf die Bürgermeister Engel, sondern gegen Tummelanten und Plünderer. Nach einer Erklärung des Vorsitzenden, daß es lediglich bei der Bewilligung der geforderten Summe auf eine Entschädigungspflicht der Stadt auf Grund des Tarifabkommens ankommt, wird der Antrag angenommen.

Die Stadt und die Erhebung einer Steuer für Fernsprechteilnehmer.

Nach dem Geleß betr. Telephon- und Fernsprechgeldern vom 5. Mai 1920 haben die Fernsprechteilnehmer um Ausbau des Fernprechnetzes einen einmaligen Beitrag von 1000 M. für jeden Hauptanschluß und von 200 M. für jeden Nebenanschluß zu leisten; die Zahlung des Beitrags ist vorbedingung für die Aufhebung der bestehenden und die Verleihung neuer Anschlüsse. Die Zahlung des Beitrags am einmalig aber, was das wirtschaftliche Bedürfnis vorliegt, in vierteljährlichen Raten von 250 M. erfolgen. In besonderen Fällen teilen dem Reichspostminister vorzulegen. Die Zahlung auf einen längeren Zeitraum auszubehnen. Das Geleß tritt mit dem 1. Juli 1920 in Kraft. Jeder Fernsprechteilnehmer ist bezüglich seiner Anzahl bis 1. Juni 1920 zur Zahlung der Raten verpflichtet. Die Zahlung der Raten bis zum 1. Oktober 1920 ausbezahlen werden, nicht zu entrichten.

In der städtischen Verwaltung einschließlich der Betriebswerke und der Außenstellen sind 8 Haupt- und 290 Nebenanschlüsse vorhanden. Der einmalige Beitrag berechnet sich auf 98 x 1000 = 98 000 M. und 290 x 200 = 58 000 M., zusammen auf 156 000 M. Die Ratenzahlungen der städtischen Dienststellen an das Fernprechnetz abzuhängen, die einmaligen Beiträge zum Ausbau des Fernprechnetzes an die Reichspost- und Telegraphenverwaltung in Höhe von rund 156 000 M. abzuführen.

Mit Rücksicht auf die Bedeutung, die die Fernprechnetzstellen für den Dienstbetrieb haben, soll der Magistrat eine Beschäftigung für die Fernprechnetzstellen in Höhe von 300 M. an zwei verschiedenen Tagen hat ergeben, daß keine Anschlüsse entzerrlich sind. Einem Weichensteller wird ein jährliches Ruhegehalt von 3000 M. bewilligt.

Da durch Verordnung der Reichsregierung die Einkommensgrenze für die Krankenentgeltungsbeiträge auf 15 000 M. erhöht worden ist, wird beschlossen, das Ortsamt für die Krankenentgeltungsbeiträge für die Zahlung der Beiträge an die Lehrer und Beamtinnen an hiesigen Schulen wie folgt zu ändern: „Am 8. Juni 1920“ auf 15 000 M. zu erhöhen „15 000 M.“

Es wird beschlossen, den Steuerhebern und Vollzugsbeamten im Steuerherberdienst für Verteilungen infolge der schwierigen Verhältnisse des Erhebendienstes und der in der Zeit seit dem verbundenen Ausfälle an Erhebungen eine einmalige Entschädigung von 500 M. bewilligt. Der Magistrat hat die Veranschlagung in Höhe von 50 000 M. an Zuschüssen im Erhebendienst des Haushaltsplanes zu zahlen. Die Kosten betragen 14 900 M.

Eine weitere Millionenanleihe für die städtischen Gas- und Wasserwerke.

Zwecks notwendiger Rebeschaffungen und Ergänzung vorhandener Betriebsrichtungen für das städtische Gaswerk, die Wasserversorgung, die Sicherheit des Betriebes sowie die Wirtschaftlichkeit seiner Anlagen zu fördern, werden 550 000 M. bewilligt.

Desgleichen werden für die städtischen Wasserwerke im Interesse der Sicherheit der Betriebe sowie der Förderung ihrer Wirtschaftlichkeit Erweiterungen und Verbesserungen notwendig, die einen Rohverwand von 500 000 M. erfordern. Auch dieser Summe wird bewilligt.

Die städtischen Wasserwerke sollen auf Antrag des Magistrats 10 000 M. bereitgestellt werden. Die Zinsen sollen nach höherer Bestimmung des Professors Kour zur Honorierung wissenschaftlicher Preisarbeiten zur Verfügung stehen.

Der Magistrat betrachtet die Fortsetzung der Stiftung mit dem angegebenen Betrage als eine Ehrenpflicht der Stadt angesichts der weitestehenden Bedeutung des großen Fortschritts.

Reife Vorlagen.

Zu den Kosten der Zentralheizung für die im Grundstücksverzeichnis 2 für das städtische Arbeitsamt gemauerte Räume des Bereichs für Volkswohl wird ein Zuschuß von 4000 M. bewilligt.

Ueber den Antrag des Bundes Deutscher Architekten, Landesverband Sachsen-Anhalt, für die geplante technische Abteilung des Wohnungsausschusses einen Vorsteher aus den ihm angehörigen Kreisen der städtischen Architekten zu wählen, entipann sich eine längere Debatte, in der vorübergehend Reil erklärte, daß eine Teilung des Wohnungsausschusses gegenwärtig nicht unüberwindlich ist. Ein. Müller (Dem.) wendet sich dagegen, daß neue Beamte angelehnt werden sollen und weist darauf hin, daß jetzt in der Stadt die Baupolizei darniederliegt, die Stadt Baupolizei bei der Erhebung der städtischen Abgaben in Frage kommen. Der Antrag auf Teilung des Wohnungsausschusses wird abgelehnt.

Die Kettenbrecher.

Als Herr Dr. Feinze, der Führer der Deutschen Volkspartei, einen Brief an Reichspräsident Ebert schrieb, am Sonntag im Dresden in Berlin einzutreten, um dort zum Zweck der Parteiverhandlungen mit den Führern der Sozialdemokratie in Verhandlungen einzutreten, wird er wohl genau so erlautet gewesen sein, als der mit politischen Anteil begabte Bürger der Reichshauptstadt. Der Reichspräsident Berlin selber hätte wohl zu seinem Empfang an den Ostbahnhofen ruffige Pfoten antworten lassen, auf denen zwei sehr hübsche eine rote Kette zerbrachen. Um dieses Symbol rinkt sich in diesen Zeilen das Erschrecken:

Von roten Pfoten macht uns frei allein die Deutsche Volkspartei.

Seit 8 Tagen haben sich die „Wiederaufbauarbeiten“ bis tief in die Reihen der Reichsministerialen die Hilfe der Sozialdemokraten zu einer gemeinamen Regierung an sich zu ziehen; Herr Feinze macht deshalb besonders die Rede von Dresden nach Berlin und hier wird freudig und dem Volk verstanden, daß die Ketten gelöst werden müssen. Diese „folgerichtige“ Politik vertehre, wie man. Wir können uns das verlegene Lächeln vorstellen, das über Herrn Feinze's Lippe glitt als ihm Gemeinwesen als Leiterinhaber der Partei am Sonntag diesen Briefes teilte. Die Berliner Parteifreier der Deutschen Volkspartei lehrten wohl die Pfoten für so schön, daß sie sie auch noch heute nach dem Wahlkampf verwenden und sinnig taten sie er gerade an dem Tage da die Verhandlungen zwischen ihrer Partei und der Sozialdemokratie stattfanden. Oder sollen diese Pfoten der Worte einer neuen Volkspartei sein, die nicht aus dem Volksparteifreier lehren, daß ihr Sieg einen lebensunfähigen Reichstag schaffen hat?

Wohnungsnot und Hausverkauf.

Das Wohnungsamt teilt mit: Der preussische Minister für Volkswohl hat auf eine Anfrage, ob sich die Verleihung zur Amelioration freierwählender Wohnungen auch auf die Hausbesitzer beziehe, die ihre Wohnungen im eigenen Hause dem Käufer des Hauses zu leihen, ohne ein Mietverhältnis einzutreten, dahin entschieden, daß die Hauseigentümer auch auf solche Fälle erachtet. Er beschneidet es als nicht anagnia, daß die Hauseigentümer von den Vorschriften über die öffentliche Verleihung der Wohnungen ausgenommen werden. (11. 6. 1920 vom 28. April 1920.)

Strenghat sein neuer Hauseigentümer mehr denn einen „ohne ein Mietverhältnis einzutreten, dahin entschieden, daß die Hauseigentümer auch auf solche Fälle erachtet. Er beschneidet es als nicht anagnia, daß die Hauseigentümer von den Vorschriften über die öffentliche Verleihung der Wohnungen ausgenommen werden. (11. 6. 1920 vom 28. April 1920.)

Handarbeit des Reichsbundes der Kriegesbeschädigten und Hinterbliebenen.

Die 3000 Mitglieder zählende hiesige Ortsgruppe hat nunmehr auch eine Jugendarbeit aufgenommen, die unter fachkundiger Leitung des Kom. Bonei, früherer Jugendleiter der hiesigen Jugendhilfe, leitet und von einem Komitee Helfer und Helferinnen geleitet wird. Die Organisation dieser Jugendarbeit soll die gesamte schulpflichtige und schulpflichtige Jugend der Kriegesopfer erfassen, in erster Linie aber der Kriegesopfer dienen, um den Kriegesopfern das Schwere Erziehungswerk der Kinder zu erleichtern. Da hat sich U. S. P. die Einrichtung bewahrt, daß Kriegesbeschädigte nach Anlegung des Kom. Bonei 1. März 1920, die im hiesigen Jugendheim einarbeiten, die für den notwendigen männlichen Erziehungseinkauf sorgen. Ein schönes Beispiel treuamer Arbeit ist die in der Jugendarbeit.

So konnte man am vergangenen Sonntag, morgens 7 Uhr, auf dem Marktplatz eine stattliche Kinderbar, teilte von den Müttern begleitet, sich sammeln sehen, die dann unter fröhlichem Gesänge und Wandelspielchen in die Straße zogen. Hier teilte man die Kinder in Gruppen ein, die in einem Gruppen, nach einer Praktikantenprobe auf dem grünen Marktplatz, erlangten das Recht über den fröhlichen, betrieblernen Laden der Kinder, die sich in flotten Schritten einmal nach Kindesart ausstoben. Freile in Gestalt von guten Jugendbüchern wurden für die einzelnen Weistämme verlobt. Man sah nur lachende Kinderbar, von denen das Wagnern und Spielen im Freien nicht so häufig, wie die Verleihung neuer Anschlüsse, die sich so sehr, wie der Einfluss der Kameraden, den sie in nach Vaters Tode im Kriege immer entbehren müssen. Der Anfang war verheißungsvoll. Mit dem verlangten Aufe der Kinder, „das machen wir halt wieder einmal“ (sich) man um die Mütterstunde hinein. Der „Reichsbund“ hat durch die Aufnahme der Jugendarbeit nicht nur seinen Mitgliedern, sondern auch den Helfern, die sich um die Kinder kümmern, einen großen Nutzen gebracht. Die meisten Veranlassungen der „Reichsbund“-Jugend werden in der Vereinszeitschrift des lokalen Teiles dieses Blattes angeführt.

* Auswanderer — Vorkauf. Das Post- und Verkehrsamt von Magdeburg, Abteilung I in Mannheim erachtet sich in Anknüpfung an die Vermittlung der Nachkriegszeit auf den Postdampfern der holländischen und italienischen Schiffahrtsgesellschaften, sowie der nordischen und skandinavischen Linien, Ferner werden kostenlose Auskünfte über alle Kanalangelegenheiten, Bahnverbindungen und andere, sowie die Erhebung von Steuern für die wählenden Ziele in Aussicht gestellt. Schnell, ein- und ausreisende Auswanderer, die sich in Magdeburg befinden, ist nach 11 des Auswanderungsgesetzes vom 9. Juni 1918 erforderliche Erlaubnis zum Betreten von Schiffahrtsarten. Die Erteilung der Erlaubnis ist ihm unter anderem deswegen verweigert worden, weil Festgaben gegen ihn vorliegen, welche seine Unverlässlichkeit in Beziehung auf den Geschäftsbetrieb eines Schiffahrtsunternehmens betreffen. Trotz der mangelhaften Erlaubnis vertritt Schnell den Auswanderer, den er in Magdeburg befindet, ein Mitglied der Auswanderer, wegen der Reichsauswanderungsgesetzes bekannt gemachten Fälle ist Anträge erlassen worden. Es wird erbeten, in geeigneten Fällen Auswanderungswilligen vor dem Geschäftsvorkehr mit Schnell dringend zu warnen.

Stellenvermittler und ausländische Wanderarbeiter. Den gemeinnützigen Stellenvermittlern ist durch Verordnung des Reichspräsidenten des Reichsausschusses für Arbeitsvermittlung, die am 15. 6. in Kraft tritt, die Erlaubnis gegeben, die in der Zeit vor dem 1. Juli 1920 in diesem Beruf zumbernde, wird mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. bestraft. Wer als Arbeiter leibt oder durch einen Beauftragten oder wer im Auftrag oder zugunsten eines Arbeitgebers einen ausländischen Wanderarbeiter zur Lösung eines Dienstverhältnisses zum Zwecke des Eingehens eines neuen Dienstverhältnisses in den Ausland zu werben, wird mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. bestraft.

Die Rückwandererrechte hat heute an den Anknüpfungspunkten der Arbeit anknüpfen lassen und bittet um besten Beachtung. Die Not der Rückwanderer ist groß. Bei sämtlichen holländischen Banken und Seilanscheidungen liegen Sammelbücher aus.

